

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Es gilt das gesprochene Wort

Bildungspolitik

Susanne Herold zu TOP 24:

Standard setzen und verbindlich umsetzen

Um eine weitere Stärkung des Bildungsstandorts Schleswig-Holstein zu erreichen, haben CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart das Abitur nach zwölf Jahren flächendeckend einzuführen und einhergehend damit eine Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe sowie der Abiturprüfung einzuleiten.

Folgende Zielsetzungen sind der CDU dabei wichtig:

1. Die Startchancen schleswig-holsteinischer Schüler müssen angesichts der wachsenden Integration Europas und der Globalisierung der Arbeitsmärkte verbessert werden.
2. Die Vermittlung der allgemeinen Hochschulreife muss ohne Niveauverlust bereits nach acht Jahren gesichert sein und einhergehen mit der Stärkung von Grundlagenwissen und Allgemeinbildung.
3. Die Umstrukturierung muss zu einer neuen „Unterrichtskultur“, besseren Lernergebnissen sowie zu Qualitätsvergleichen und Qualitätssicherung führen. Hierdurch soll die Studierfähigkeit gestärkt werden, um den stets wachsenden Anforderungen der Wirtschaft, der Ausbildungsinstitutionen und der Wissenschaft gerecht werden zu können.

Eine ausführliche sinnvolle Diskussion zu diesem Thema sollten wir allerdings führen, wenn dann der Entwurf der Ministerin zu diesem Themenkomplex vorliegt. Insofern empfinde ich den vorliegenden Antrag der Grünen als etwas voreilig. Ich finde es ist immer handfester und einfacher zu argumentieren, wenn inhaltssvolle Konzepte vorliegen und dann Vorstellungen dazu entwickelt werden können. Sollten die von Ihnen angeführten Eckpunkte als Konzept gedacht sein, so vermag ich das nicht zu erkennen.

Inwieweit z.B. der Realschulabschluss zukünftig nach der 9. oder 10. Klassenstufe erreicht werden kann ist doch im direkten Zusammenhang mit der Wahrung der Durchlässigkeit zu sehen.

Bündnis90/Die Grünen lehnen die Abschaffung des Kurssystems ab und setzen auf Oberstufenzentren. Diese haben sich jedoch bereits in der Vergangenheit je nach Standort der Gymnasien höchst unterschiedlich bewährt. Mit der Zusammenlegung

von Oberstufen mehrerer Schulen ist ein hoher logistischer Koordinierungsaufwand verbunden, der viel Zeit, Kraft und Mühe der Beteiligten bindet.

Statt beliebiger Kurskombinationen setzt die CDU auf die durchgängig angelegte feste Unterrichtsstruktur für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch bis zum Abitur. Hiermit wird ein Fundament zur Stärkung der Allgemeinbildung und somit auch der Studierfähigkeit der jungen Menschen geschaffen.

Die Aufrechterhaltung eines vernünftigen und zuverlässigen Kursangebots wird mit den in Zukunft rückläufigen Schülerzahlen ohnehin immer schwieriger einzuhalten sein.

Hier bietet das vom schleswig-holsteinischen Philologenverband vorgestellte Konzept zur Bildung von „Profiloberstufen“ gute Möglichkeiten eine solide Allgemeinbildung mit speziellen Neigungen und Begabungen zu verbinden, die dann auch bis zum Abitur in ihrer Durchführung gesichert sind.

Werte Kollegen des Bündnis90/Die Grünen, sie sprechen sich für Vergleichsarbeiten jedoch gegen zentrale Abschlussprüfungen aus. Wo liegt hier die Logik? Wenn ich bereit bin, Schülern vergleichende Arbeiten vorzulegen und regelmäßig zu evaluieren ist es doch nur konsequent letztlich eine verbindliche standardisierte Abschlussprüfung zu stellen. Warum also den Weg nicht vollständig gehen?! Wenn wir eine Qualitätssteigerung in unserem Bildungssystem erreichen wollen, müssen doch zu aller erst Standards gesetzt werden (und existieren), die dann verbindlich umgesetzt werden können. Dies gilt für Vergleichsarbeiten und auch für Abschlussprüfungen.

Geben wir den Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein die Chance, die sie in vielen Ländern bereits haben. Verkürzen wir die Schulzeit und verbessern wir die Bildungsqualität, damit eine schleswig-holsteinische Familie mit schulpflichtigen Kindern in Zukunft beruhigt auch nach Baden-Württemberg umziehen kann.

Für die CDU-Landtagsfraktion beantrage ich die Überweisung des Antrages von Bündnis90/Die Grünen an den Ausschuss zur weiteren Beratung.